

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Eine europäische Industriestrategie:
Rolle und Perspektive der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften**

(2018/C 247/07)

Berichterstatter: Heinz Lehmann (DE/EVP), Mitglied des Sächsischen Landtags

Referenzdokumente: Mitteilung der Kommission „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie — Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“

(COM(2017) 479 final)

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission⁽¹⁾ als einen weiteren wichtigen Schritt und ruft die Kommission auf, eine ehrgeizige industriepolitische Strategie der EU auf dieser Grundlage und in der Weise zu entwickeln, wie sie vom Europäischen Rat⁽²⁾, dem Europäischen Parlament⁽³⁾, dem Rat (Wettbewerbsfähigkeit)⁽⁴⁾, dem AdR⁽⁵⁾ und der Gruppe „Freunde der Industrie“⁽⁶⁾ gefordert wurde;
2. dringt auf eine industriepolitische Strategie auf europäischer Ebene, die auf heutige und künftige Herausforderungen, Chancen und Faktoren der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in einem globalen Kontext eingeht; vertritt die Ansicht, dass diese Strategie, ausgehend von einer artikulierten Vision, für die europäische Industrie für einen mittelfristigen Zeithorizont zu entwerfen und mit Schwerpunkt auf 2030 und darüber hinaus weiterzuentwickeln ist;
3. dringt auf die Aufnahme einer starken territorialen Dimension in diese Strategie unter Berücksichtigung regionaler, intelligenter Spezialisierung; erinnert an die im Artikel 173 AEUV genannte gemeinsame und fortlaufende Aufgabe, eine europäische Industriepolitik wirksam werden zu lassen und erklärt seine Bereitschaft, die Kommission, den Rat und das Parlament partnerschaftlich zu unterstützen, insbesondere weil ihre Umsetzung ein gemeinsames Bekenntnis und gemeinsame Anstrengungen aller Akteure auf allen Ebenen erfordern wird;
4. fordert eine horizontal angelegte Industriestrategie mit Zielen, strategischen Maßnahmen und Indikatoren, mit stringenter Folgenabschätzung sowie einem geeigneten Rahmen für die Überwachung und Steuerung; fordert spezifische Maßnahmen gezielt für Sektoren im wirtschaftlichen Wandel wie auch für Sektoren mit hohem Wachstumspotenzial; betont, dass die Strategie insbesondere Innovation, Schlüsseltechnologien (KETs), wichtige Vorhaben von gemeinsamen europäischem Interesse (IPCEI), Digitalisierung und KMU wegen ihrer Querschnittsbedeutung herausheben sollte;

⁽¹⁾ Mitteilung der Kommission „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie — Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ (COM(2017) 479 final).

⁽²⁾ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2016 und vom 22./23. Juni 2017.

⁽³⁾ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juli 2017 zur Schaffung einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU, die mit Blick auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa eine strategische Priorität bilden soll (2017/2732(RSP)).

⁽⁴⁾ Schlussfolgerungen des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) zu einer künftigen Strategie für die Industriepolitik der EU vom 29. Mai 2017 (283/17); Schlussfolgerungen des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) zu einer neuen Strategie für die Industriepolitik der EU vom 30. November 2017 (705/17).

⁽⁵⁾ Stellungnahme des AdR zum Thema „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“, verabschiedet am 11. April 2013.

Stellungnahme des AdR zum Thema „Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa“ verabschiedet am 15. Juni 2016, COR-2016-01726-00-00-PAC-TRA.

⁽⁶⁾ Gemeinsame Erklärung von Warschau anlässlich der vierten Ministerkonferenz der „Freunde der Industrie“, Warschau, 22. April 2016.

Erklärung von Berlin: Gemeinsame Erklärung zur Industriepolitik anlässlich der fünften Ministerkonferenz der „Freunde der Industrie“, Berlin, 30. Juni 2017.

Europas Industrie in einem neuen Zeitalter

5. betont, dass die Industrie von vitalem Interesse für die Regionen und Städte Europas ist — als Quelle von 50 Millionen Arbeitsplätzen, Exporten und Innovation — und dass die Sicherung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in einem sich rasch wandelnden globalen Kontext grundlegend für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung ist;
6. weist darauf hin, dass der Außenhandel von relativ großer Bedeutung für das BIP ist (83,05 % im Jahr 2015)⁽⁷⁾; fordert deshalb, der Förderung des Binnenverbrauchs mehr Aufmerksamkeit zu schenken, der für ein stabiles Funktionieren der Industrie in der EU und ein beschleunigtes Wachstum sorgt;
7. ist der Auffassung, dass zur Sicherung des sozialen Friedens endogenes Wachstum an jedem Ort möglich sein muss, sodass alle Regionen — auch im ländlichen Raum — an der Wertschöpfung teilhaben können und die Möglichkeit bekommen, qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und zu erhalten;
8. befürwortet die Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds und fordert zugleich dazu auf, die wirtschaftlichen Herausforderungen anzugehen, um die Akzeptanz industriellen Wirkens in der Gesellschaft auf allen Ebenen zu verbessern: vom Kindergarten über Unternehmen bis zur Verwaltung;
9. gibt zu bedenken, dass der durch die fortschreitende Digitalisierung induzierte Wandel der Geschäftsmodelle zunehmend in den Mittelpunkt der zukünftigen Entwicklung rückt, sodass künftig bei staatlichem Handeln auch nach Geschäftsmodellen, nicht nur nach Branchen differenziert werden sollte;

Europas Industrie stärken

10. fordert, den Anteil der Industrie von 20 % am BIP über das Jahr 2020 hinaus als strategisches Ziel beizubehalten;
11. ist der Auffassung, dass Europas Chancen für den Erhalt und Ausbau einer global wettbewerbsfähigen Industrie in der eigenen Technologiesouveränität liegt;
12. fordert, dass gerade auch für Technologien von strategischer Bedeutung für Europa (z. B. Mikroelektronik, Batteriezellen) gleiche Bedingungen im europäischen wie im globalen Wettbewerb geschaffen und erhalten werden müssen;
13. erinnert daran, dass Rahmenbedingungen aus anderen Regelungsbereichen, die nur für Unternehmen in der EU beschränkend wirken (z. B. einige Stoffregulierungen), zur Aufgabe oder Verlagerung von Geschäftsfeldern in Drittstaaten mit Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette in der EU führen können;
14. betont die strategische Bedeutung der IPCEI für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie; fordert die Kommission auf, die sich daraus ergebenden Potenziale konsequent zu nutzen; begrüßt den Vorschlag der Kommission, zur Vorbereitung strategische Foren ins Leben zu rufen, um die internationale Abstimmung der Stakeholder zu verbessern; fordert die konsequente und zeitnahe Weiterentwicklung des Konzepts IPCEI unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen;
15. begrüßt die Einlassungen der Kommission zur wehrtechnischen Industrie; befürwortet eine abgestimmte strategische Herangehensweise wegen ihrer hohen wirtschafts-, technologie- und sicherheitspolitischen Bedeutung; der Europäische Verteidigungsfonds sollte auch für die Forschung nutzbar und mit einer eigenen Haushaltlinie ausgestattet sein;
16. unterstreicht die Bedeutung der Meeresindustrien zur Bewältigung der Herausforderungen der blauen Wirtschaft und zur Ausschöpfung ihres gesamten Potenzials und begrüßt die Erfolge beispielsweise in den Bereichen Fahrgastschiffe und erneuerbare Meeresenergien; fordert, dass es nach Abschluss der Initiative LeaderSHIP 2020 möglich sein wird, durch die Einbeziehung aller europäischen Politikbereiche einen Fahrplan zur Unterstützung der Meeresindustrien zu erstellen;

⁽⁷⁾ Angaben der Weltbank, Handel (in % des BIP), [<https://data.worldbank.org/indicator/NE.TRD.GNFS.ZS>], 7.1.2018.

Ein vertiefter fairer Binnenmarkt: Stärkung von Menschen und Unternehmen

17. teilt die Auffassung, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen die Integration von Unternehmen in globale Wertschöpfungsketten erleichtern kann und dieser daher unverzichtbar für den Erfolg der europäischen Industrie ist;

18. erinnert daran, dass der europäische Markt für die Regionen wichtiger ist als der globale Markt und fordert dazu auf, die Binnenmarktstrategie⁽⁸⁾ umzusetzen, das Binnenmarktrecht wirkungsvoll durchzusetzen und bilateralen Maßnahmen innerhalb der EU mit abschottender Wirkung (z. B. Intra-EU-BIT) deutlich entgegenzutreten; betont, dass wettbewerbsfähige Unternehmensdienstleistungen zunehmend wichtige Mittler in und für die Produktivität und Kostenwettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie sind;

19. fordert eine weitere Flexibilisierung des öffentlichen Auftragswesens, um die Beschaffung der öffentlichen Hand innovationsfreundlicher und technologieoffen gestalten zu können;

20. begrüßt die Annahme der europäischen Säule sozialer Rechte, betont jedoch, dass sie um eine starke europäische Sozialagenda ergänzt werden muss, die u. a. den Weg zu einer Konvergenz bei den Reallöhnen im Einklang mit der Produktivität ebnet;

21. betont, dass über den beruflichen Bildungsweg qualifizierte Fach- und Führungskräfte das produktive Rückgrat vieler Unternehmen, insbesondere auch von KMU, sind; erinnert daran, dass hohe Qualifikationsanforderungen sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Praxisnähe und theoretischer Ausbildung für hochspezialisierte, technologie- und wissensintensive Industriesektoren entscheidend sind;

22. erinnert an die in nationaler oder regionaler Verantwortung liegende Aufgabe, Strategien zum Erwerb und Erhalt von Schlüsselkompetenzen zu erstellen;

Modernisierung der Industrie für das digitale Zeitalter

23. betont, dass das grundlegende Anliegen einer digitalen Zukunft nur sein kann, Industrie und Gesellschaft insgesamt zukunftssicherer zu machen;

24. erinnert an die in den Händen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften liegende Aufgabe, alle für die Digitalisierung erforderlichen Infrastrukturen zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, dabei offen für alle technischen Lösungen zu bleiben und auf einen guten Mix der Systeme von Breitband, Funkfrequenzen und digitaler Verwaltung sowie deren Kompatibilitäten zu achten;

25. erinnert daran, dass gute Beispiele zur Kalkulation des Kosten-Nutzen-Verhältnisses bei der Einführung digitaler Technologien in etablierten Unternehmen die Einführungs- und Nutzungsbarrieren senken und den Wandel der Geschäftsmodelle unterstützen können, und fordert, Infrastrukturen für die Unterstützung von KMU bei der Digitalisierung (Digital Innovation Hubs) zu fördern;

26. fordert die Kommission auf, die führende Rolle der europäischen Industrie auch im 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation als Ziel zu verankern; regt an, mehr dafür zu tun, das 3 %-Ziel der FuE-Ausgaben am BIP zu erreichen sowie die Wandlungs- und Innovationsfähigkeit der Industrie durch weitere thematische Plattformen zur industriellen Modernisierung zu stärken, wie z. B. Partnerschaften zu neuen Fertigungsverfahren, nachhaltiger Fertigung, 3D-Druck, Industrie 4.0;

⁽⁸⁾ Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen „Den Binnenmarkt weiter ausbauen“, April 2016, Berichterstatter: Alessandro Pastacci (IT/SPE); Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen „Das Dienstleistungspaket: Eine Dienstleistungswirtschaft im Dienste der Europäer“, Oktober 2017, Berichterstatter: Jean-Luc Vanraes (BE/ALDE).

Ausbau der Führungsrolle Europas in einer kohlenstoffarmen Kreislaufwirtschaft

27. teilt die Auffassung von Kommission, Parlament und Rat, Europas Führungsrolle in einer CO₂-armen Kreislaufwirtschaft auszubauen und so einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten; erinnert an seine Forderung, die umwelt-, klimaschutz- und energiepolitischen Instrumente auf europäischer und nationaler Ebene so auszugestalten, dass energieintensiv produzierende und außenhandelsabhängige Wirtschaftszweige nicht unangemessen belastet oder in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit gefährdet werden;

28. fordert eine zielführende Förderung der heimischen Rohstoffwirtschaft bei Erkundung, Gewinnung sowie der Nutzung primärer Rohstoffe, bei ganzheitlich sinnvoller Schließung von Stoffkreisläufen und bei der Substitution zur Verringerung der Importabhängigkeit bei Rohstoffen; verlangt, die europäische Zusammenarbeit bei Ressourceneffizienz und additiver Fertigung zu verbessern, und fordert, funktionale und kollaborative Geschäftsmodelle überwiegend durch positive Anreize zu unterstützen;

29. teilt die Auffassung, dass die Entwicklung und Herstellung von Energie-Speichersystemen entscheidend für das Funktionieren einer CO₂-armen Wirtschaft in der EU sind; fordert, diesem aufzubauenden Sektor in Europa keine Hindernisse in den Weg zu stellen; mahnt an, die Balance zwischen CO₂-Einsparzielen und Versorgungssicherheit zu wahren;

Unterstützung der industriellen Innovation vor Ort

30. begrüßt das von der Kommission entwickelte Konzept der intelligenten Spezialisierung und fordert, auf die neuen Potenziale, z. B. durch Cross-Innovation, zu reagieren, denn Internationalität, Interdisziplinarität und Perspektivenvielfalt bilden zentrale Bausteine ganzheitlicher Innovationsprozesse;

31. erinnert daran, dass regionale und überregionale Netzwerke, wie der Leichtbacluster MERGE oder die Vanguard-Initiative, die Negativspirale aus Abwanderung, drohendem Fachkräftemangel und kleinteiliger Wirtschaft umkehren, das Image einer Region als Innovationsstandort stärken, die Anreize für Unternehmensgründungen und -ansiedlungen erhöhen sowie die Entstehung neuer Wertschöpfungsketten anstoßen können;

32. erinnert an die für Start-up- und Scale-up-Unternehmen vorgeschlagenen Vereinfachungen ⁽⁹⁾;

33. anerkennt die umfassende Beihilfereform 2014, die für Unternehmen und regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu einer deutlichen Vereinfachung der Verfahren geführt hat; fordert jedoch, die Förderung für Clusterinitiativen (Artikel 27 AGVO) durch Erhöhung der Fördersatzes deutlich zu verbessern; fordert, auch grenzüberschreitende Cluster und Cluster-Netzwerke sowie Mischfinanzierungen künftig zu privilegieren, insbesondere für Pilotinfrastrukturen und Vorzeigeobjekte;

Internationale Dimension

34. ist sich bewusst, wie wichtig die Integration der europäischen Industrie in globale Wertschöpfungsketten ist und dass nur Handelsverträge, die gegenseitige Anerkennung von Standards und die Beseitigung von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen einen freien und fairen Zugang zu globalen Märkten gewährleisten;

35. begrüßt insbesondere die Stärkung der Handelsschutzinstrumente, um im Welthandel faire Ausgangsbedingungen, insbesondere für traditionelle Industriezweige wie die Stahlindustrie, zu schaffen ⁽¹⁰⁾;

⁽⁹⁾ Förderung von Start-up- und Scale-up-Unternehmen in Europa: die regionale und lokale Perspektive, COR-2017-00032-00-01-AC-TRA.

⁽¹⁰⁾ Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — *Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa*, Juni 2016, Berichterstatterin: Isolde Ries (DE/SPE).

36. fordert, bei den COP-Unterzeichnerländern darauf zu dringen, die vereinbarten Reduktionsziele vollständig und rasch in nationale Standards zu überführen und erwartet, dass alle Beteiligten sich dafür einsetzen, Umweltdumping mit all seinen negativen Auswirkungen zu verhindern;

37. fordert, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in die Festlegung der strategischen Bereiche einzubinden, die für ein Screening ausländischer Direktinvestitionen von Bedeutung sind;

Partnerschaft mit Mitgliedstaaten, Regionen, Städten und der Privatwirtschaft

38. unterstreicht die zentrale Rolle, die die Regionen und regionalen Ökosysteme, in denen der Dialog zwischen KMU, Hochschulen und Forschungszentren sowie lokalen Gebietskörperschaften gut funktioniert, bei der industriellen Modernisierung spielen, und fordert ein standortbezogenes Konzept in der europäischen Industriepolitik; unterstreicht, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften wichtige Befugnisse und Kompetenzen in Politikbereichen wie Forschung und Innovation, Bildung und Qualifikationen, Exportförderung, Infrastruktur, KMU und Regulierung haben;

39. versteht sich als aktiver Partner der Kommission, des Parlamentes und des Rates; begrüßt den Vorschlag der Kommission, jährlich einen Industrietag durchzuführen, insbesondere die für 2018 vorgesehene thematische Fokussierung auf KETs und IPCEI; begrüßt den Vorschlag der Kommission, ein hochrangiges Diskussionsforum zum Thema Industriepolitik einzurichten und fordert, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften intensiv in die Debatte um die Definition der für Europa strategisch wichtigen KETs einzubinden; fordert regionale Interessenträger, wie Unternehmer, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft, aktiv einzubinden; begrüßt die Pilotmaßnahmen, mit denen Regionen vor Ort partnerschaftlich bei der Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels unterstützt werden.

Brüssel, den 23. März 2018

*Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen*

Karl-Heinz LAMBERTZ
